

Jubelmeldungen mit gigantischem Zuwachs von Billiglöhnen erkaufte

Arbeitsagentur gab jetzt niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit in Thüringen bekannt

Die Oktober-Statistik der Arbeitslosigkeit in Thüringen war vor allem von der verantwortlichen Politik bejubelt worden. Die Bundesagentur für Arbeit meldete den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Mitte Oktober seien landesweit 98.700 Menschen offiziell arbeitslos gewesen, womit erstmals die Marke von 100.000 Arbeitslosen in Thüringen unterschritten worden sei. Insgesamt gab es 3.600 Arbeitslose weniger als im September und 21.700 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote sei innerhalb eines Monats um 0,3 Punkte auf 8,3 Prozent gesunken nachdem sie vor einem Jahr bei 10,1 Prozent gelegen habe.

Angesichts dieser vermeintlichen Jubelmeldungen erklärte Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik der Landtagsfraktion der LINKEN: „Auch wenn man uns glauben machen will, wir seien auf einer Schnellstraße zur Vollbeschäftigung, sollten wir einen wachen Blick für die tatsächliche Situation behalten. Neben all den Tricks zum Schönen der Arbeitslosenstatistik haben wir inzwischen schon amerikanische Verhältnisse – auch in Thüringen. Viele Menschen kommen nur mit zwei, drei Nebenjobs überhaupt über die Runden.“

Von einer wirklichen Trendwende sei Thüringen weit entfernt. „Mehr als 60.000 Thüringer sind erwerbstätig und müssen dennoch mit Hartz IV ihren spärli-

chen Lohn aufstocken. Viele Arbeitnehmer, darunter vor allem Frauen, sind froh, wenn sie überhaupt stundenweise einer Arbeit nachgehen können. Der derzeitige Wirtschaftsaufschwung muss genutzt werden, um anspruchsvolle Arbeitsplätze zu schaffen, die vernünftig entlohnt werden und unbefristet sind“, forderte die Arbeitsmarktexpertin der LINKEN.

Um Dumpinglöhne zu verhindern und das Lohngefüge nicht weiter nach unten abrutschen zu lassen, müsse endlich ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Darüber hinaus gehöre eine tarifgerechte Entlohnung ebenfalls zu den Standards der Vollbeschäftigung. „Wer bei Niedriglöhnen europäischer Exportweltmeister ist, lebt auf Kosten der anderen EU-Länder und braucht sich nicht zu wundern, dass die Stabilität in Europa gefährdet ist. Politik muss handeln, statt auf der Schnellstraße, benebelt von scheinbaren Erfolgen, in den nächsten Crash zu steuern.“

Gegen Fachkräftemangel

Inzwischen wird auch schon u.a. vom DIW gefordert, dass die Wochenarbeitszeit auf 45 Stunden verlängert werden müsse. „Bereits heute arbeiten Thüringer mehr als 40 Stunden in der Woche und bekommen dafür ein Drittel

weniger Lohn als ihre Kollegen in anderen Bundesländern. Durch Erhöhung der Wochenarbeitszeit werden wir das Problem des drohenden Fachkräftemangels nicht beheben“, protestierte die Abgeordnete der LINKEN. Es müsse vielmehr etwas dafür getan werden, dass junge Menschen echte berufliche Perspektiven durch gute Berufsausbildung erhalten.

„Es kann doch nicht wahr sein, dass der Ruf nach Fachkräften immer lauter wird, es aber andererseits bundesweit 1,5 Millionen junge Menschen ohne Berufsausbildung gibt. Hier muss angesetzt werden, wenn man junge Menschen im Land halten und vermeiden will, dass eine ganze Generation abdriftet, weil Praktika, Berufsvorbereitungsmaßnahmen und Einstiegsqualifizierung keine Alternative zu einer anerkannten beruflichen Ausbildung sind.“

Ina Leukefeld verwies darauf, dass ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, gute Arbeits- und Lebensbedingungen, flexible familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung Kriterien dafür sind, dass junge Menschen gern in Thüringen arbeiten und leben. Auf die Schaffung solcher weichen Standortfaktoren sollte die Thüringer Landesregierung sich fokussieren anstatt „mit den Wölfen zu heulen“ und längere Wochenarbeitszeiten einzufordern. DIE LINKE werde einen entsprechenden Landtagsantrag stellen. ■

KOMMENTIERT:

von Martina Renner

Rechtsextreme „Fans“

Eine stärkere gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Problem rechtsextremer Fangruppen in Thüringen ist dringend notwendig. Das wird vor allem deutlich am Beispiel der Nazihooligan-Gruppierung NDH-City in Nordhausen. Hier muss viel deutlicher und entschiedener auch behördlich gehandelt werden.

Seit mindestens zwei Jahren tritt diese Gruppierung mit Gewaltstraftaten und rechtsextremen Aktivitäten in Erscheinung. In letzter Zeit kam es zudem zu gravierenden, auch rechtsextremen Vorfällen durch diese Fan-Gruppe in Gera und zu erneuten Angriffen mit Verletzungen.

Aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage, die ich ihr zu „Vorfällen im Zusammenhang mit dem Thüringenligaspiel zwischen BSG Wismut Gera und Wacker Nordhausen“ gestellt hatte, geht hervor, dass Mitglieder von NDH-City an diesem Tag (11. September) zahlreiche Straftaten verübten und ein Ermittlungsverfahren wegen einer antisemitischen Parole eingeleitet wurde. Weiterhin wurde bekannt, dass es in der Nacht vom 16. auf den 17. Oktober zu mehreren Angriffen auf Konzertbesucher einer Szene-Kneipe im Stadtgebiet von Nordhausen kam. Unter den Angreifern befanden sich auch Angehörige der Gruppierung NDH-City. Fünf Personen wurden verletzt, drei mussten im Krankenhaus behandelt werden.

Die ungebrochene Aggressivität der Gruppierung hat zu einer Fülle von Strafverfolgungsmaßnahmen geführt. In den wenigsten Fällen kam es jedoch bisher zu einem Gerichtsverfahren und zu einer Verurteilung. Der hohe Anteil der staatsanwaltschaftlichen Entscheidungen zur Verfahrenseinstellung – auch dies geht aus einer Antwort des Thüringer Justizministeriums auf Anfrage einer Abgeordneten der Linksfraktion hervor – scheint der Deliktgruppe und den Zusammenhängen, in denen die Taten geschahen, nicht angemessen.

Die notwendigen Auseinandersetzungen mit dem Problem rechtsextremer Fangruppen müssen als gemeinsame Herausforderung von Kommunen, Vereinen und Sicherheitsbehörden erkannt werden und insbesondere den Geschädigten muss umfassende Unterstützung und Schutz garantiert werden. ■

AKTUELL

Gegen Fortführung der verfehlten Atompolitik

Auf den Bundestagsbeschluss vom 28. Oktober, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern, reagierte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, mit scharfer Kritik: „Mit diesem Kniefall vor der Atomlobby setzt Schwarz-Gelb eine verhängnisvolle Kehrtwende weg vom zügigen ökologischen Umbau des Energiesektors hin zum Sonderprofit für Stromgiganten mit veralteter Atomtechnologie durch. Damit wird Atomtechnologie von gestern durchgedrückt.“ Allein die im Vorfeld versuchten Geschäftsordnungstricks, um das Atomgesetz durchzudrücken, dokumentierten, dass es hier nicht um die Sache ging, sondern um puren Lobbyismus.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung verschachere den dringend notwendigen Energiewechsel allein des schnöden Mammons wegen. „Ihr Be-

streben gilt nicht den Belangen und der Zukunft des Landes, sondern der kurzfristigen Befriedigung von Lobbyinteressen“, so der Fraktionsvorsitzende weiter. Mal würden Hoteliers, mal Erben, mal Energie-Giganten Milliarden-geschenke herübergereicht.

„Der Atomdeal ist eine Entscheidung gegen das Volk“, konstatierte Bodo Ramelow. Schließlich sei eine breite Mehrheit der Bevölkerung gegen die Fortführung der verfehlten Atompolitik. Die Demonstrationen der letzten Wochen und der Protest im Vorfeld der Castor-Transporte hätten dies deutlich gezeigt. „Den Atommüll dem Volk quasi vor die Füße werfen und die Atomwirtschaft gigantische Sondergewinne einfahren lassen – das ist ein unverantwortlicher Deal.“ Jetzt habe man endlos weiteren Castor-Zügen den Weg frei gemacht.

Der 28. Oktober „ist ein schwarzer Tag für die energiepolitische Ausrichtung

des Landes. Die Atomtechnologie ist nicht nur extrem teuer, außerordentlich gefährlich für diese und nachfolgende Generationen, sondern blockiert den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien sowie das Erreichen der Ziele des Klimaschutzes“, betonte der LINKEN-Politiker.

Gegen diese Entscheidung müsse vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt werden. Eine Landesregierung mit Beteiligung der LINKEN würde dies mit Hochdruck betreiben. Sich der Stimme im Bundesrat zu enthalten, sei keine Lösung. „Jetzt muss sich der Atomlogik offensiv im Bundesrat verweigert und nach Karlsruhe gegangen werden. Schließlich sind originäre Thüringer Interessen betroffen“, so Bodo Ramelow mit Blick auf Castor-Transporte durch Thüringen, eine mögliche Suche von Endlagern und auch hinsichtlich aktiver Benachteiligung der Thüringer Stadtwerke. ■